

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Amrita Enzinger, Manfred Schulz, Mag. Karl Wilfling,
Dr. Madeleine Petrovic, Dr. Helga Krismer-Huber, Emmerich Weiderbauer

gemäß § 60 LGO 2001

zum Verhandlungsgegenstand Ltg.- 781 betreffend ÖBB Güterverkehr

betreffend **Keine Abschaffung der Bundesförderung für Anschlussbahnen**

Begründung

Niederösterreich ist aufgrund des großen Anteils des Schienengüterverkehrs durch die Einsparungen bei der ÖBB besonders stark betroffen. Rund 3 Mio. Tonnen Güter werden in Zukunft aller Voraussicht mehr auf Niederösterreichischen Straßen transportiert werden. Das ist bereits eine massive Mehrbelastung für die Bevölkerung durch Straßen- Lärm, CO2 und Unfallhäufigkeit. Es ist eindeutig, dass dadurch die Erreichung des Klimazieles in noch weitere Ferne rückt.

Zu alldem wird es, wenn man den Medien glauben darf, noch zu einer viel stärkeren Einschränkung des Güterverkehrs auf den NÖ-Schienen kommen. Es ist von der ÖBB geplant, dass die Bundesförderung für Anschlussbahnen im 1.Schritt von 15 Millionen Euro auf 7,5 Millionen Euro reduziert wird und in den kommenden Jahren komplett auslaufen wird. Dabei wäre es ganz wichtig, dass die Waren direkt von der Quelle auf die Schiene verladen werden. So könnte man am effizientesten Transportwege beschreiten. Die Anschlussbahnen-Förderung trägt in ihrer Wirkung auch massiv zur Erreichung der Klimaziele bei und wäre eigentlich stärker anzuheben, anstatt sie abzuschaffen. Niederösterreich braucht den Gütertransport auf der Schiene zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes.

Daher stellen die Gefertigten den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen

„Die Landesregierung wird aufgefordert bei der Bundesministerin für Verkehr vorstellig zu werden und sich dafür einzusetzen, dass die Anschlussbahnen weiterhin gefördert werden.